



Zukunftsrat **Hamburg**

Mittelweg 11-12
20148 Hamburg
Tel. 040/39109731
Zukunftsrat-hamburg@t-online.de
www.zukunftsrat.de

Pressemitteilung

31. März 2009

Weitsicht heißt, Verantwortung übernehmen

Nachhaltige Industriepolitik darf nicht einseitig auf Wachstum ausgerichtet sein.

Am morgigen Mittwoch wird die Bürgerschaft über den CDU-Antrag „Infrastrukturprojekte Masterplan Industrie“ abstimmen.

Der Antrag nimmt Bezug auf das neue Senats-Leitbild „Wachsen mit Weitsicht“ und fordert die Stärkung der Verkehrs- und Flächeninfrastruktur für die Industrie.

Der Zukunftsrat Hamburg weist darauf hin, dass das neue Leitbild des Senats unter dem Titel „Wachsen mit Weitsicht“ ausdrücklich die Vision beinhaltet „Hamburg soll internationale Maßstäbe setzen als eine wachsende Metropole der Talente, der Nachhaltigkeit und der Verantwortungsbereitschaft.“ Diese Vision umfasst alle Ziele und Leitprojekte des Senats und muss daher in allen weiteren Planungen berücksichtigt werden.

Trotz der übergeordneten Nachhaltigkeits-Vision des Senates ist der CDU-Antrag einseitig auf die Wachstumsbedarfe der Industrie ausgerichtet. Es fehlt eine Nachhaltigkeitsprüfung, insbesondere eine Abwägung der sozialen Interessen (z.B. Lärm und Schadstoffemissionen) und der ökologischen Belange. Auch Industriepolitik muss Teil einer nachhaltigen Entwicklung sein. „Nachhaltigkeit“ und „Verantwortungsbereitschaft“ verbieten eine einseitige Förderung von Wachstums-Interessen. Die führenden Unternehmen haben dies längst erkannt und übernehmen im Rahmen der Corporate Social Responsibility Verantwortung für ihre soziale und ökologische Umwelt.

Diese Verantwortung aller gesellschaftlichen Akteure, insbesondere auch der Industrie, darf gerade in einer „Hauptstadt des Klimaschutzes“ und einer angehenden „EU-Umwelthauptstadt“ nicht vernachlässigt werden.

„Eine nachhaltige Flächennutzung verlangt, die Siedlungs- und Verkehrsnutzung so vorsichtig und flächensparend wie irgend möglich zu gestalten. Eine nachhaltige Flächenpolitik muss langfristig Flächenkreislaufwirtschaft sein, das heißt: neue Bedarfe für Siedlung (Gewerbe) und Verkehr müssen auf bereits erschlossenen, aber nicht oder untergenutzten, aufgegebenen oder brach gebliebenen alten Siedlungs- und Verkehrsflächen gedeckt werden. Auf die Neuerschließung und Umwidmung von Landwirtschafts-, Wald- und Schutzflächen für neue Siedlungs- und Verkehrszwecke muss langfristig ganz verzichtet werden. Neue Bodenversiegelungen müssen dann durch Entsiegelungen an anderer Stelle ausgeglichen werden“ sagt Jochen Menzel, Sprecher des Zukunftsrates Hamburg.

Kontakt: Zukunftsrat Hamburg, Dirka Griebhaber, Tel.: 0162- 617 3638,
Jochen Menzel, Tel.: 42854-4049